

Presseverlautbarung

Parlamentarische Ermittlung zu Moscheefinancen

NRC Handelsblad und Nieuwsuur haben am 08. Januar 2020 Artikel veröffentlicht, in denen es heißt, dass das Repräsentantenhaus mehrere Moscheen, darunter die As-Soennah-Moschee in Den Haag, zu einer Befragung vorgeladen hat. Der Grund für diese Befragung ist, dass die Moschee angeblich ausländische Gelder von Organisationen aus sogenannten „unfreien“ Ländern und Organisationen angenommen haben sollen, die mit dem „fundamentalen Salafismus“ in Verbindung stünden. Dabei geht es vor allem um die Finanzierung der Moscheen durch Organisationen mit Sitz in Kuwait und Saudi-Arabien.

Nach Angaben der Regierung führt die Finanzierung von Moscheen in den Niederlanden dazu, dass eine „fundamentalistische“ Betrachtungsweise des Islam gepredigt wird, was wiederum zu einer Spaltung der Gemeinschaften innerhalb des Landes führen würde. Das Ziel dieser Ermittlung besteht darin, die Moscheevorstände zu zwingen, ihre Finanzen vollständig offenzulegen, sodass die Regierung einen Überblick über die Quellen der Finanzierung aus dem Ausland erhält. Durch die Ermittlung wird sich zeigen, was die Regierung tun kann, um derartige Geldflüsse zu verhindern oder anderweitig gegen die betroffenen Moscheen vorzugehen.

Es ist mehr als nur offensichtlich, dass die Politik in den Niederlanden in Bezug auf die Muslime wieder einmal nicht zum Ziel hat, Sicherheit zu gewährleisten, sowie Terrorismus und Gewalttaten zu verhindern. Die Moscheen haben keinerlei Straftat begangen. Auch wurde in den Moscheen nicht zu Gewalttaten gegen die Gesellschaft oder den niederländischen Staat aufgerufen. Vielmehr ist diese Ermittlung schlichtweg auf die Abneigung der Regierung gegen die Art und Weise zurückzuführen, wie der Islam in den betroffenen Moscheen gepredigt wird. Die Finanzierung durch Organisationen mit Sitz in Kuwait, die vermeintlich mit „Terrorismus“ in Verbindung stünden, ist daher eindeutig nur ein bodenloser Vorwand.

Tatsächlich werden die betroffenen Moscheen aufgrund ihrer Ansichten verfolgt. Diese Ansichten missfallen der Regierung. Mit der Finanzierung hat dies wenig zu tun. Dies ist die Vorgehensweise des sogenannten „freien“ Westens, der vorgibt Freiheiten zu fördern und vermeintlich stolz auf seine „neutrale“ Haltung in Bezug auf die Trennung von Kirche und Staat ist. Der Westen hat einen deutlichen Standpunkt eingenommen: Freiheit für alle, außer für Muslime.

Kurz gesagt ist die parlamentarische Ermittlung nichts weiter als ein Versuch, die islamische Identität der Muslime in den Niederlanden einzuschränken. Sie versuchen, den Muslimen eine westlich-orientierte Sichtweise auf den Islam aufzuzwingen. Eine Sichtweise, die mit dem Islam nichts gemein hat. In Wahrheit handelt es sich bei dieser Sichtweise um eine Mischung aus westlichen Normen und Positionen, die so verpackt sind, dass sie wie islamische Sichtweisen aussehen.

Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / Niederlande